Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 180 (2014)

Heft: 3

Artikel: Was heisst Verteidigung im 21. Jahrhundert? (2/2)

Autor: Naumann, Klaus

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-391376

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Was heisst Verteidigung im 21. Jahrhundert? (2/2)

General a D Klaus Naumann hat im September 2013 in Luzern im Rahmen eines Seminars von «Chance Schweiz – Arbeitskreis für Sicherheitsfragen» eine umfassende Lageanalyse und Definition des Verteidigungsbegriffes vorgenommen. Die ASMZ publiziert seinen Vortrag in leicht gekürzter Fassung in zwei Teilen. Der erste Teil befasste sich mit Gefahren und Konflikten (ASMZ 01/02 2014), der vorliegende zweite mit Streitkräften und Lösungen. *Sch*

Klaus Naumann

An Konfliktursachen besteht kein Mangel, Konflikte werden leichter zu führen sein. Das Gewaltmonopol der Staaten könnte brechen, denn der Zugang zu Mitteln der Gewaltanwendung wird immer leichter und deren Anwendung immer einfacher. Die meisten Konflikte werden aber ganz anders verlaufen als die bekannten Kriege zwischen Staaten. Damit werden natürlich auch die gewohnten Formen der Kriegführung immer weniger anwendbar und alle, grosse wie kleine Staaten in Europa, müssen sich die Frage stellen, ob ihre Streitkräfteplanungen nicht dem Krieg von gestern zu viel Gewicht geben.

Die noch ungelöste Herausforderung ist es, neue Wege und Formen der Verhinderung der anderen, neuen Konfliktformen finden, in denen Nichtstaatliche Akteure, die über das volle Gewaltpotential der Staatenwelt verfügen, sich mit Staaten anlegen könnten oder die in der Lage wären, durch Cyber-Operations Staaten zu lähmen und sie damit wehrlos zu machen.

Proliferation

Die Gefahr der Weitergabe von Atomwaffen wächst mit jeder neuen Atommacht. Die Welt hat bereits die Weitergabe von Atomwaffen durch Pakistan gesehen, Nordkorea dürfte wohl auch kaum zögern und ein weiter in Isolation verharrender Iran wäre sicher auch ein Kandidat. Für weit gefährlicher aber als Atomwaffen halte ich B-Waffen, die schon ab 2020 schwere neue Gefahren für die verwundbare, nur schwer zu schützende Staatenwelt bringen könnten. Sie entwerten alle Abschreckung, weil der Ursprung des Angriffs kaum noch zu erkennen ist, allein deshalb eine ideale Waffe für Terroristen. Auch Raketenproliferation dürfte weiterhin weitgehend ungebremst stattfinden. Alle Staaten Europas können somit von aussen aus grosser Entfernung

Nordkoreanische Nuklearwaffen?
Bild: cicero.de

getroffen werden und keiner kann sich allein dagegen schützen, denn jede Raketenabwehr braucht eine auf global wirksame Sensoren gestützte Battle-Management-Architektur.

Cyber-Operations

Das gilt auch für die Abwehr von Cyber-Warfare. Der Cyberspace wird eine neue Dimension künftiger Konflikte. Bislang sind die zahlreichen heute bereits täglich stattfindenden Angriffe auf staatliche und kommerzielle Netzwerke fast ausnahmslos unterhalb der Schwelle eines auf Lähmung eines Staates zielenden Angriffs einzuordnen, aber das Potential der Angreifer wächst schneller als die Fähigkeit der Staaten zu ihrem Schutz, auch weil die Angreifer im Dunkeln bleiben. Die Entwicklung geht in Richtung einer umfassenden, den Gegner wehrlos machenden Gegners-Lähmung ohne kinetische oder zerstörende Gewalt anzuwenden. Sun Tsu hielt das schon vor 2500 Jahren für die beste Form der Kriegführung. Terroristen und Kriminelle dürften schon bald in der Lage sein, wesentliche Funktionen eines Staates für begrenzte Zeit ganz oder teilweise zu lähmen. Die Dimension dieser neuen Gefahr ist global. Hier entstehen neue, noch ungelöste Schutzaufgaben, die kein Staat allein auf sich gestützt lösen kann.

Aus den drei künftigen Konfliktursachen und aus den drei Trends für künftige Konflikte entstehen die grössten Herausforderungen für die Staaten unserer Welt und für die bestehenden internationalen Organisationen. Niemand hat bislang ein schlüssiges Konzept wie man solche Konflikte verhindern kann: Nukleare Drohungen gehen ins Leere, weil der Angreifer nicht lokalisiert werden kann, Gleiches gilt für Interventionen. Auch die beste Fähigkeit, klassischen Krieg führen zu können, bringt Nichts, wenn der Gegner den Staat lähmen kann.

Schutzlos gewordene Staaten könnten zerfallen oder in die Hände von Kartellen fallen. Es zeichnet sich eine Welt voller Ungewissheit, Unsicherheit und Unordnung ab, in der die von uns beherrschten Instrumente der westfälischen Staatenordnung nicht mehr greifen, aber neue noch nicht entwickelt sein werden. Niemand in Europa ist derzeit auf die daraus entstehenden Gefahren vorbereitet und auch das mächtigste Verteidigungsbündnis der Welt, die NATO, steht noch am Anfang.

Fehlende Handlungsfähigkeit und zunehmende Gefahren

Doch es bleibt kaum Zeit für zeitraubende Vorbereitungen, denn das 21. Jahrhundert wird leider als ein unruhiges Jahr-

hundert weitergehen. Bislang weiss man nur, dass weder militärische Mittel allein noch pazifistischer Verzicht auf sie Frieden sichern kann. Es ist deshalb sinnvoll, die bestehenden staatlichen und internationalen Organisationen Schritt für Schritt an die sich abzeichnenden Entwicklungen anzupassen und sie so umzugestalten, dass sie ihrer weiterhin gültigen Kernaufgabe, Schutz der Bürger und der Integrität der Staats- und Bündnisgebiete, auch morgen gewachsen sein werden.

Interventionskräfte, hier Operation SERVAL in Mali. Bild: Militaryphotos.net

Jeder Staat muss diese neuen Herausforderungen analysieren und daraus seine Folgerungen ziehen, nur dann kann man beantworten, was Verteidigung im 21. Jahrhundert heisst. Auch die Staaten Europas müssen für diese Welt ihre eigenen Vorstellungen entwickeln und die gebundenen Staaten müssen die Sicherheitsstrategien von NATO und EU erheblich weiter entwickeln. Doch alle Staaten Europas haben Fragen der Sicherheit in den vergangenen zwei Jahrzehnten als nachrangig behandelt, Sicherheit als gegeben angesehen und die Sicherheitskräfte stark abgebaut. Die sicherheitspolitischen Optionen Europas schwinden somit gerade in dem Augenblick, in dem Europa Sicherheit braucht, um seine innere Krise zu bewältigen und in dem sich wegen fehlender Handlungsfähigkeit seine sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA erhöht.

Was heisst Verteidigung vor diesem Hintergrund?

Natürlich bleibt Landesverteidigung die vorrangige Aufgabe eines jeden Staates. Sie ergibt sich aus der Schutzverpflichtung, die jeder Staat für seine Bürger hat. Dazu haben fast alle Staaten der Welt Streitkräfte aufgestellt. Sie sind Instrumente zum Schutz der Bürger und des Staatsgebietes und Mittel zur Wahrung nationaler Sicherheitsinteressen. Verteidigung ist heute deutlich mehr als territoriale Verteidigung, das Aufgabenspektrum wird breiter. Notwendig ist schon jetzt Schutz vor Lähmung durch Cyberangriffe, Schutz vor der Wirkung von ABC-Waffen und Schutz vor Angriffen mit bemannten oder unbemannten Fluggeräten, längerfristig kommen dazu vielleicht noch Roboter aller Art, einschliesslich der durch Nano-Technologie möglich werdenden Kampfmittel. Das verlangt den Verbund aller Sicherheitskräfte.

Für die grossen europäischen Staaten ist der Änderungsbedarf enorm. Sie dürfen sich nicht auf die Landes- und Bündnisverteidigung beschränken. Sie sollten in begrenztem Umfang Interventionskräfte bereit halten, um dem Erfordernis gerecht zu werden, den Gefahren dort begegnen zu können, wo sie entstehen. Nur so kann man Risiken vom eigenen wie dem Bündnisgebiet fern halten. Der deutsche Traum, Sicherheit mit «Soft Power» schaffen zu können, ist somit ausgeträumt. Er hat immer eine Welt hoher politischer Reife und eines ausgeprägten, weit verbreiteten Verständigungswillens vorausgesetzt. Eine solche Welt gibt es weder heute noch in der vorhersehbaren Zukunft. Verständigungsbereitschaft ist heute und in vorhersehbarer Zukunft nur zu erreichen, wenn man mit «Hard Power» glaubhaft drohen kann. Deutschland muss einer der europäischen Staaten sein, die sich der Herausforderung stellen, Gefahren von Europa fern zu halten.

Für neutrale Staaten stellen die Gefahren des 21. Jahrhunderts ein besonderes Problem dar. Wirksamer Schutz vor äusseren Gefahren und damit auch die Wahrung nationaler Sicherheitsinteressen können in der Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts mit seinen überwiegend globalen Gefahren nur noch durch Bündnisse oder internationale Organisationen erreicht werden. Es gibt in der Staatenwelt im 21. Jahrhundert keinen Staat mehr, der in der Lage wäre, allein als Nationalstaat für seine Sicherheit zu sorgen. Den ungebundenen Staaten Europas stellen sich daher besonders schwere politische Fragen, in die sich die Nachbarn nicht einmischen sollten. Sie müssen wissen, dass sie zwar ein gewisses Mass an indirektem Schutz durch Bündnisse wie NATO oder EU erhalten werden, aber sie müssen eben auch zur Kenntnis nehmen, dass sie auf die Entscheidungen dieser Organisationen so gut wie keinen Einfluss haben. Sicherheit im 21. Jahrhundert kann wirksam nur noch durch ein gewisses Mass an Einbindung in internationale Organisationen erreicht werden.

Für die gebundenen Staaten sind die zu treffenden Entscheidungen auch nicht gerade einfach. Sie müssten, wollen sie mit ihren begrenzten Ressourcen von Personal und Geld Wirksames erreichen, in zunehmendem Masse bereit sein, in Teilen ihre staatliche Souveränität zum Zweck gemeinsamen Schutzes zumindest für bestimmte Teilaufgaben an internationale Organisationen zu übertragen. Denken wir als Beispiel an Raketenabwehr. Sie wird zumindest in Teilen ausserhalb der Gebiete europäischer Staaten beginnen und sie wird den Verbund aller Abfangmittel in einem Wirkungsverbund verlangen, für den sogar die Auslösebefugnis auf militärische Befehlshaber vordelegiert werden muss.

Ähnliches gilt für Cyber-Defence, zumindest wenn man neben der passiven Schutzkomponente auch aktive Möglichkeiten ins Auge fassen will. Cyber-Abwehr bedeutet schon gegenüber staatlichen Akteuren in vielerlei Hinsicht Neuland zu betreten, auch in rechtlicher Hinsicht, doch noch viel mehr gilt das für das Handeln nicht-staatlicher Akteure, also die sogenannten neuen Gefahren wie Terrorismus, Piraterie und organisierte internationale Kriminalität.

US-Raketenabwehrsystem Patriot. Bild: Wikipedia.org

Die Herausforderung aller Rechtsstaaten wird es sein, diese Gegner in Schach zu halten, ohne selbst die Bindung an Recht und sittliche Norm aufzugeben. Abschreckung herkömmlicher Art wirkt in diesen neuen Konflikten nicht oder nur ungenügend, auch weil die Gegner losgelöst von Territorien operieren, allerdings muss als erster Schritt im Durchdenken neuer Formen von Abschreckung zumindest passiver Schutz erreicht werden. Cyber-Abwehr, ABC-Abwehr und Luft- einschliesslich Raketenverteidigung gewinnen damit

ebenso Vorrang wie der Schutz kritischer Infrastruktur.

Ausblick: Streitkräfte im 21. Jahrhundert

Das eigentliche Neuland beginnt mit dem Durchdenken möglicher Formen aktiver Abschreckung, die dem Gegner verwehrt, seine Instrumente einzusetzen. Da spreche ich nun als Vertreter einer in einem Bündnis gebundenen Nation und sage, was ich für mein Land für richtig hielte. Das kann für Sie als Bürger eines neutralen Landes allenfalls Anregung sein.

Cyber-War. Bild: Scott Pickard

Kennzeichen dieser neuen Konflikte ist, dass man militärische Mittel oft kaum oder nur eingeschränkt nutzen kann, in nahezu keinem Fall sie alleine nutzen kann, aber auch kaum einmal völlig auf sie verzichten kann. Militärische Mittel werden auch in den Konflikten der Zukunft immer das äusserste Mittel der Politik sein, nicht zwangsläufig aber das letzte. Prävention wird ebenso ein Element der Krisenbewältigung sein wie die Fähigkeit zu Eskalation und De-Eskalation Elemente der Strategie bleiben müssen. Man wird versuchen müssen, die Gefahren von unseren verwundbaren Industriegesellschaften fern zu halten, indem man ihnen dort entgegentritt, wo sie entstehen. Der Einsatz von Streitkräften dürfte deshalb oftmals an der Peripherie des Bündnisgebietes, vielfach ausserhalb erfolgen müssen. Offensive und Defensive werden neu zu gewichten sein und die Grenzen zwischen innerer und äusserer Sicherheit werden zunehmend verschwimmen.

Strategisch werden Deutschland wie die NATO defensiv ausgerichtet bleiben. Für Deutschland ergibt sich das schon aus den Bestimmungen des Artikels 26 GG, Verbot des Angriffskrieges. Aber strategische Defensive heisst niemals Verzicht auf die Fähigkeit, auf operativer Ebene auch offensiv handeln zu können.

Es gilt, den Begriff der vernetzten Operation mit Inhalt und Fähigkeiten zu füllen, denn mit militärischen Mitteln kann man allenfalls Sicherheit erzwingen, sie aber niemals in selbsttragende Stabilität umwandeln. Man muss daher militärische Einsätze stets vom Ende her denken und vor der Entscheidung zu handeln prüfen, ob man die erforderlichen militärischen und nicht-militärischen Mittel, den vielfach notwendigen langen Atem und den erforderlichen Rückhalt in der Bevölkerung aufbringen kann.

Dies bedeutet Streitkräfte aufzustellen, auszubilden und im Einsatz zu führen, die rasch verfügbar, hoch beweglich, überall einsetzbar und auf ein Spektrum von Aufgaben ausgerichtet sind, das von intensiven Kampfhandlungen unter den Bedingungen von Information Warfare bis hin zur humanitären Hilfe reicht und die solche Einsätze auch über längere Zeit hinweg durchhalten und in Gebieten ohne funktionierendes Staatswesen Aufgaben übernehmen können.

Doch vernetzte Sicherheit ist nicht auf Organisation und Fähigkeiten beschränkt. Man wird prüfen müssen, wie man die Entscheidungsmechanismen und Organisationsformen von Regierungen und Bündnissen den Bedingungen des 21. Jahrhunderts anpasst. National wird man sicher überlegen müssen, ob tradierte Formen wie föderalistische Strukturen und klassische Ressortministerien den Bedingungen des 21. Jahrhunderts entsprechen und international muss man zumindest das Konsensprinzip unterhalb der eigentlich politischen Entscheidungsebene zur Disposition stellen, denn beides steht im Gegensatz zur Regel Nr. 1 in der Krisenbewältigung: Nur rasches Handeln erlaubt es, die Initiative zu behalten oder sie zu gewinnen und nur sie bringt Erfolg. Wer die Initiative hat, kann seine Interessen wahren und Krisen zu den eigenen Bedingungen beenden. Beschränkung auf Reaktion dagegen birgt die Gefahr des Scheiterns durch Abnutzung. Vernetzte Sicherheit verlangt ferner die Fähigkeit zu rascher humanitärer Hilfe bei Not- und Katastrophenfällen. Dazu ist ein eingespielter und zumindest in Teilen rasch verlegefähiger Verbund ziviler Hilfs- und Katastrophendienste, der Polizei und der Streitkräfte erforderlich.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Das Aufgabenspektrum der Streitkräfte wird grösser werden und die Notwendigkeit verzugsarm und ganz eng mit anderen Sicherheitsorganen und Nicht-Regierungsstellen (NGO) zusammenzuarbeiten, wird wachsen. Knappes Personal, begrenzte finanzielle Möglichkeiten und rascher technischer Fortschritt werden es keinem europäischen Staat weiterhin erlauben, Streitkräfte über die ganze Bandbreite des Aufgabenspektrums bereitzuhalten. Es müssen vermehrt multi-nationale Lösungen gesucht und gefunden werden und, wo immer möglich, Ausbildungs- und Versorgungsaufgaben international zusammengefasst werden.

Das sind die Folgerungen für einen in internationalen Bündnissen gebundenen Staat und ich zögere nicht zu sagen, dass kein europäischer Staat ihnen bislang ausreichend Rechnung getragen hat. Aber es gibt doch eine Gemeinsamkeit mit den ungebundenen Staaten Europas: Verteidigung im 21. Jahrhundert heisst nicht mehr, sich auf einen Krieg mit einem anderen Staat einzustellen, der ganz oder teilweise auf dem eigenen Territorium oder im eigenen Luftraum ausgetragen wird. Verteidigung im 21. Jahrhundert heisst auch nicht mehr, in den drei herkömmlichen Dimensionen zu kämpfen: Land, Luft und See, sondern zusätzlich in zwei weiteren: Weltraum und Cyber-Space. Verteidigung im 21. Jahrhundert hat zwar unverändert den Schutz der Bürger eines Landes, seiner Integrität und seiner Souveränität zum Ziel, aber es ist keine Aufgabe mehr, die auf den Einsatz der Streitkräfte beschränkt ist. Verteidigung heute erfordert einen Verbund aller Sicherheitskräfte, eine verzugsarm handelnde, interministerielle und die Gesamtheit des Staates erfassende Führung und sie reicht vom Schutz in humanitären Notfällen und Naturkatastrophen über den Kampf gegen organisierte, auch international organisierte Kriminalität bis hin zur Abwehr von und zum Schutz gegen die Wirkung von ABC-Waffen, von Luftangriffsmitteln und von Cyber-Angriffen.

Dieser Aufgabe müssen sich alle Staaten Europas stellen und ihr entsprechend müssen sie ihre nationalen Kräfte und Organisationen überprüfen und gegebenenfalls ändern. ■

Der ungekürzte Beitrag von General Naumann erscheint in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift (ÖMZ) 2/2014.

General
Klaus Naumann
Dr. h. c.
Deutsche Atlantische
Gesellschaft
D-83624 Otterfing